

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866

23.1.1866 (No. 19)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 23. Januar.

N. 19.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr.
Einzugsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1866.

Amtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, unter dem 12. Januar d. J. den Rechtspraktikanten Adolf Freiherrn Marschall von Bieberstein in Mannheim zum Hofjunker zu ernennen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Deutschland.

Karlsruhe, 22. Jan. Ihre königliche Hoheit die Großherzogin und Ihre Kaiserliche Hoheit die Prinzessin Wilhelm begaben Sich im Lauf des Nachmittags nach Baden, stifteten daselbst einen Besuch bei Ihrer Großherzoglichen Hoheit der Herzogin von Hamilton ab, und trafen Abends 9 1/2 Uhr wieder dahier ein.

Karlsruhe, 22. Jan. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 5 enthält (außer Personennachrichten):

1. Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Bekanntmachungen des großh. Handelsministeriums: a) Die Aufhebung des Eisenbahnbaupatents und Eisenbahnbaupatent-Kasse Schaffhausen betreffend. b) Die Aufhebung des Steuernachlass- und Loosenzwangs betreffend. Diefelbe lautet:

Im Einverständnis mit den Regierungen der übrigen Rheinuferstaaten wird hiermit verordnet, was folgt: Die Schiffspatrone und Führer werden von der ihnen durch Art. 58 und folgende der Rhein-Schiffahrt-Konvention auferlegten Verpflichtung, auf der Fahrt auf dem Rhein an bestimmten Stromstellen Steuerleute oder Lootsen an Bord zu nehmen, vom 15. Februar 1866 an entbunden.

II. Diensterledigung. Im Amtsgerichtsbezirk Engen ist der Notariatsdistrikt Engen in Erledigung gekommen.

Bremen, 17. Jan. (Wesf.-Ztg.) Die Bürgerschaft verhandelte in heutiger Sitzung u. A. über die von dem Senat zur Erwägung gebrachte Besteuerung verschiedener Verbrauchsartikel. Sowohl die Frage: ob und wie der hiesige Konsum von Tabak und Cigaretten einer angemessenen Abgabe unterworfen werden könne, wie die Frage: ob es thunlich sei, den hier zur Konsumtion gelangenden Wein ad valorem zu besteuern, wurden verneinend beantwortet. Auch auf die dritte Frage: ob und wie eine richtige Besteuerung des hier eingeführten lebenden Viehes zu ermöglichen sei, wurde ablehnend beschlossen, da eine deshalb notwendige Verwägung desselben eine beträchtliche Vermehrung des Beamtenpersonals oder Erschwerung der Zufuhr zum Nachtheil der Konsumenten zur Folge hätte.

Hamburg, 20. Jan. (Frf. Bl.) Die vom hiesigen Telegraphen-Büreau demontirte Nachricht bezüglich einer Vereinbarung wegen der Elbeüberbrückung wird von dem Hamburger Korrespondenten der „Wesf.-Ztg.“ aufrecht erhalten und mit dem Beifügen begleitet, daß bereits im Frühjahr die Wasserbauten bei Harburg beginnen.

Hamburg, 20. Jan. Nach einer der „Hamburg. Bfz.“ zugegangenen Privatmittheilung hat der in Plymouth angekommenene Kapstadt-Dampfer am 14. Jan. den Brasilien-Dampfer „Rhön“ in See mit gebrochener Schraube unter Segel, sonst aber in bester Ordnung angetroffen.

Altona, 18. Jan. Der „Mt. Merk.“ berichtet: Die zu gestern Abend nach der Tonhalle zusammenberufene Versammlung hatte den Zweck einer Vorbesprechung zu der zu Anfang nächster Woche beabsichtigten Massenversammlung im ganzen Lande. Es wurde von mehreren Rednern eine Adresse zur massenhaften Unterschrift befragt, welche, nachdem alle Bitten Einzelner bisher vergebens, durch einmütigen Willensausdruck der möglichst ganzen Bevölkerung unseres Herzogthums auf dem Boden des Rechts, verlangen solle, daß uns, wie jedem andern Staat, eine rechtmäßige Vertretung werde in den Ständen unseres Landes, um den Wünschen und dem Willen der Bevölkerung einen gesetzlichen Ausdruck zu jeder Zeit geben zu können. Diese Resolution wurde einmütig angenommen.

Altona, 20. Jan. Gegen den Redakteur May ist von Seiten der preussischen Staatsanwaltschaft eine neue Untersuchung anhängig gemacht. May ist zu seiner verantwortlichen Vernehmung auf den 26. d. M. nach Perleberg vorgeladen, unter Androhung der zwangsweisen Einstellung zu einem neuen Termin im Fall seiner Ausbleibens. In dem gegen May wegen Majestätsbeleidigung schwebenden älteren Prozeß findet, da der Oberstaatsanwalt Ablung gegen das freisprechende Erkenntnis des Perleberger Kreisgerichts appellirt hat, am 23. d. M. Verhandlung vor dem Berliner Kammergericht statt.

Altona, 21. Jan. (Frf. Bl.) Aus Tönningen berichtet der „Mt. Merk.“, daß auf die Erklärung des Bürgermeisters, er könne sich ohne die preussische Garnison nicht behaupten, die zum Abmarsch bestimmten zwei preussischen Kompagnien Haltbefehl erhalten haben.

Kiel, 18. Jan. (Nordb. Allg. Ztg.) Bei der Statthalter-

schaft ist eine neue Geschäftsordnung eingeführt, die den Geschäftsverkehr innerhalb der Regierung zu vereinfachen bestimmt ist. Alle einfacheren Sachen werden in gemeinschaftlichen Sitzungen, in denen der Beigeordnete des Statthalters, Ministerialrath v. Hoffmann, den Vorsitz führt, mündlich erörtert und so weit möglich erledigt, da der Genannte mit Vollmacht des Statthalters versehen ist, während bisher sehr zeitraubende schriftliche Berichterstattungen auch viele solche Gegenstände verzögerten, die leicht zu übersehen und zu erledigen waren. — Dr. Bärenz ist aus Hannover angekommen und wird, wie es scheint, der nächste Beamte nach dem Ober-Schulrath Lesser II. sein.

Kiel, 22. Jan. (W. L. B.) Anlässlich der auf Dienstag in Altona anberaumten Massenversammlung der Schleswig-Holstein-Bereine veröffentlicht das Verordnungsblatt einen Erlaß der Landesregierung, worin mit Bezug auf das Statthalterdekret vom 11. Jan. die bestimmte Erwartung ausgesprochen ist, daß die in der Presse, in Vereinen und Volksversammlungen auftretende Agitation für Maßregeln aufgegeben werde, welche im gegenwärtigen Augenblick, abgesehen von Erfolglosigkeit, nur neue Gefahren heraufzubeschwören geeignet seien.

Berlin, 20. Jan. Die Budgetkommission hielt heute ihre erste Sitzung. Die Etatsgruppen wurden in derselben vertheilt und die Referenten ernannt. Die Beschlußfassung über die weitere Geschäftsbehandlung ist auf Montag vertagt. Als Regierungskommissar war der Geh. Finanzrath Mölle anwesend.

Es wurden zunächst für die 15 einzelnen Etatsgruppen Referenten und Korreferenten ernannt. Darauf entspann sich eine lange Debatte über die Modalität der Beratungen in der Kommission wie der Berichterstattung im Hause. Es wurde vorgeschlagen, vorab alle Etats festzustellen, sie als ein Ganzes in das Haus zu bringen, und Mittel für alle notwendigen Bedürfnisse auf den Etat zu stellen, selbst wenn die Regierung sie nicht fordern sollte. Andererseits wurde beantragt, zunächst einen Vorbericht abzufassen, sobald die Ausgaben festzustellen, demnach die Ueberschüsse vorzutragen zu beraten, und dann zu sehen, wie viel an direkten Steuern und bei welchen direkten Steuern abzulassen wäre. Es ward hierbei gemaßt, über die Ueberschüsse zu disponiren und anempfehlen, in dieser Beziehung der Regierung die Initiative zu lassen. Ein anderes Mitglied der Kommission meinte, daß, wenn es sich herausstellen sollte, daß noch Ueberschüsse vorhanden sind, auf Abänderung der Steuergesetze und Ermäßigung der Einnahmen gebrungen werden müsse. Wie wir vernehmen, hat sich die Kommission dafür ausgesprochen, daß alle ihre Beschlüsse nur eventuelle, das Resultat der Beratungen als ein Ganzes und nicht in mehreren kleineren Berichten vor das Haus gebracht werden solle. Mit dem Generalbericht werden drei Referenten betraut werden; die Spezialreferenten in der Kommission werden über ihre Etatsgruppen mündlich berichten und ihre Arbeiten möglichst vereinfachen. Die Kommission soll auch darüber schlüssig geworden sein, über die Ueberschüsse vorzutragen und die direkten Steuern zuletzt zu beraten und dem Hause Bericht zu erstatten.

Der Abg. Dr. Frese ist heute von dem Kreisgericht zu Bielefeld benachrichtigt worden, daß der auf den 1. Februar anberaumte Termin zur mündlichen Verhandlung wegen eingetretener Kammererkrankung ausgesetzt worden ist. Hiermit dürfte der gestern von Hrn. Dr. Birchow und Gen. gestellte Antrag gegenstandslos geworden sein. — Am 22. d. findet eine Fraktionsitzung des linken Centrums statt.

Berlin, 21. Jan. Se. Maj. der König begab sich gestern Morgen um 8 Uhr in Begleitung des Kronprinzen, sowie der Prinzen Karl, Albrecht und Friedrich Karl, des Prinzen August von Württemberg und des Fürsten Bogislaw Radziwill zur Abhaltung einer Jagd nach Potsdam. — J. R. H. die Frau Kronprinzessin ist von ihrem längeren Unwohlsein nunmehr vollständig wiederhergestellt. — Der Oberstent Prinz Biron von Kurland, welcher am Donnerstag Abend aus Schlessen hier eingetroffen ist, wird morgen früh in außerord. Mission nach Brüssel abreisen, um im Auftrag unseres Königs den König Leopold II. zu seiner Thronbesteigung zu beglückwünschen. — Heute wurde im I. Schloß die Feier des Krönungs- und Ordensfestes begangen. — Am 19. d. M. ist hier vom Minister der landwirthsch. Angelegenheiten eine Session des Landes-Deponomie-Kollegiums eröffnet worden. Die Hauptverhandlungsgegenstände dieser Session sind: die Frage wegen Aufhebung der Wuchergesetze, eine Vorlage wegen Verminderung der landwirthsch. Ausstellungen, die Frage wegen Einführung von Zwangsversicherungs-Verbänden in Betreff der Kinderpest, eine Vorlage über die Ertrichkrankheit, und ein Antrag auf allgemeine Erhebung der Schlachtsteuer nach dem Gewicht des lebenden Schlachtviehes, statt nach dessen Stückzahl. — In Folge der bisherigen Verhandlungen des Abgeordnetenhauses macht sich in hiesigen politischen Kreisen die Meinung geltend, daß ein baldiger Schluß des Landtags bevorstehe. Beachtenswerthe Verlautbarungen aus Regierungskreisen scheinen geeignet, diese Meinung zu unterstützen.

Berlin, 22. Jan. (Sch. W.) Der König von Han-

nover hat vorgestern die Ratifikationsurkunde des italienischen Handelsvertrags unterzeichnet. Der Austausch der Ratifikationen mit Italien wird in Berlin stattfinden.

Breslau, 20. Jan. (Frf. Bl.) Nach einem Wiener Telegramm der „Bresl. Ztg.“ erbat Hr. v. Zedlitz seine Abberufung und die Wiedereinsetzung als Polizeipräsident an die Stelle des um seine Entlassung nachsuchenden Hrn. v. Bernuth.

Wien, 19. Jan. Man schreibt der „Allg. Ztg.“: Es ist endlich Aussicht, daß die bisher scheinbar endlos sich hinschleppende Schleswig-holsteinische Flaggenfrage ihrer Erledigung zugeführt werde. Oesterreich hat neuestens in Berlin prinzipialter beantragt, daß für beide Herzogthümer die Führung der Interimsflagge als obligatorisch erklärt und darnach in Schleswig wie in Holstein die entsprechende Publikation veranlaßt werde, eventuell aber, wenn Preußen diesen Antrag abweise — noch ist er nicht definitiv abgewiesen —, es jedem der beiden Condomini anheimzugeben, innerhalb des Territoriums, in welchem ihm die Ausübung der Souveränitätsrechte zustehe, nach eigenem Ermessen zu verfügen. Daß Oesterreich in letztem Fall in Holstein die Führung der Interimsflagge gestatten, wenn aber die Aheber diese Flagge ablehnen sollten, die Führung der österreichischen Flagge zur Pflicht machen würde, darf als feststehend betrachtet werden. Die Sache hat übrigens nahezu eine komische Seite. Die schleswig-holsteinische Interimsflagge existirt für alle Welt, nur nicht für Schleswig-Holstein, und alle Mächte ohne Unterschied haben sie anerkannt, nur diejenigen beiden Mächte nicht, welche diese Anerkennung nicht ohne Mühe durchgesetzt.

Wien, 20. Jan. Die „Generalkorr.“ schreibt: „Nach Meldung auswärtiger Blätter trägt man sich in Florenz mit Gerüchten über Unterhandlungen, welche unter Bethheiligung Oesterreichs zum Zweck von Gebietsveränderungen in den diesseitigen italienischen Besitzungen stattfinden sollen. Obgleich hier zu Lande schwerlich Jemand geneigt sein dürfte, diesen Gerüchten Glauben zu schenken, so wollen wir dieselben doch auf Grund zuverlässiger Mittheilung hier noch ausdrücklich als leere Hirngespinnne bezeichnen.“ Dasselbe Organ widerlegt eine Nachricht der „Wesf. Ztg.“, worin Kardinal Antonelli die von Frankreich dem Papst angebotenen 2000 Mann Solbtruppen abgelehnt habe, weil Spanien und Oesterreich dem päpstlichen Stuhl je 1500 Mann zugesagt hätten. Nach der „Generalkorr.“ ist weder von Seiten Oesterreichs eine solche Zulage erfolgt, noch hat der päpstliche Stuhl jemals ein Anfinnen wegen Stellung eines Hüfkorps an Oesterreich gestellt.

Oesterreichische Monarchie.

Venedig, 15. Jan. Man schreibt der „Wien. Presse“: Je mehr die Symptome einer sich vorbereitenden Besserung der Beziehungen zwischen Oesterreich und Italien sich mehren, einen desto regeren Eifer entfaltet die italienische Aktionspartei, Ereignisse herbeizuführen und die Venezianer zu einer Haltung zu verleiten, welche diese Verständigung von vornherein unmöglich macht. So hat auch das sogenannte Comitato d'azione Veneto nach monatelangem Schweigen es für angemessen betrachtet, eine in diesem Sinn abgefaßte Proklamation an die Venezianer zu veröffentlichen, worin dieselben aufgefordert werden, der Verwirklichung der Pläne der k. k. Regierung, sowie allen Reformbestrebungen derselben mit aller Energie entgegenzuarbeiten, und durch ihre Haltung zu beweisen, daß mit Oesterreich keine Verständigung möglich sei, so lange Venedig nicht Italien einverleibt werde. Heute Nacht wurde auch ein Individuum in dem Augenblick verhaftet, als es eine solche Proklamation an eine Mauerette ankleben wollte, und wurden noch 18 Exemplare der Proklamation bei demselben vorgefunden.

Dieser Tage sind drei italienische Fregatten, „Garibaldi“, „Italia“ und „Palestro“, in den Gewässern von Pola eingelaufen. Dieselben lösten bei ihrer Ankunft die üblichen Salutsschüsse, welche von Seite der Forts erwiedert wurden. Heute oder morgen nun werden diese Schiffe hier erwartet, und wurden bereits Weisungen ertheilt, ihre allensfalligen Salutsschüsse von Seite der Forts nach Reglements-vorschrift zu erwiedern. Natürlich knüpfen sich an diesen Akt rein formeller militärischer Courtoisie eine Menge mehr oder minder müßiger Konjekturen; interessant bleibt es jedoch immerhin, da dies seit dem letzten Krüge die ersten italienischen Kriegsschiffe sind, welche in unseren Gewässern sich zeigen.

Italien.

Florenz, 16. Jan. (Röln. Ztg.) Man weiß hier sehr wohl, daß die venetianische Frage eine Scheidewand zwischen Oesterreich und Frankreich bildet, zu deren Niederbrechung die in Wien und Paris herrschenden Finanzverhältnisse nicht hinreichen. Man sieht die letztern daher ohne Besorgnis sich geltend machen und erwartet andererseits von den freundschaftlichen Bemühungen Frankreichs höchstens eine Regelung der Handelsbeziehungen, die sowohl im Interesse Oesterreichs wie Italiens liegt. Die neuesten österreichischen Maßregeln werden hier gar nicht als Konzessionen angesehen. Die Am-

nesse kommt gerade denjenigen Emigranten nicht zu Gute, für welche sich das Land interessiert, nämlich denjenigen, die ihre italienische Gesinnung durch etwas mehr als bloße Auswanderung bewährt haben. Die administrative Reorganisation Benedigs und der Provinz vollends hält man für einen letzten Schlag gegen die Stadt und ihre historische Stellung. — Um Hannover den Beweis zu liefern, daß es ebenfalls Interessen in Italien zu wahren hat, kündigt man den Schiffahrtsvertrag mit dem Zollverein, der 1845 von Sardinien abgeschlossen worden. Die Erneuerung desselben hängt hauptsächlich von der Erwekung der welfischen Sprödigkeit ab; jedoch wird man nöthigenfalls mit Preußen bereits sofort ein Abkommen treffen. — Das Kabinet zeigt sich fortwährend sehr beruhigt hinsichtlich der Aufnahme, die es mutmaßlich in der Kammer finden wird. Das linke Zentrum scheint in der That in den wesentlichen Fragen mit der Rechten gehen zu wollen. — Es ist bemerkenswerth, daß in der neulich ernannten Kommission für die Reorganisation der obersten Gerichtshöfe sich die Namen Crispi, de Luca, Liborio Romano und Rattazzi zusammenfinden.

*** Florenz, 17. Jan.** Die „Italia Milit.“ veröffentlicht einen langen Bericht, der dem König am 30. v. M. vorgelegt worden ist und welchem mehrere Dekrete folgen, durch die Modifikationen in der Armeeorganisation vorgenommen werden. Die hauptsächlichsten Verfügungen dieser Dekrete sind folgende: Aufhebung der Depots der Kavallerie- und Veraplieregimenter, die bei der Aufhebung durch die Königl. Dekrete vom 18. Dez. 1864 reservirt worden waren. Aufhebung der 7. Schwadron des Guideregiments. Mehrere Offiziere verschiedener Waffengattungen waren den Generalstäben der Departemente und Territorialdivisionen beigegeben. Ihre Zahl wird auf zwei Subalternoffiziere für jedes Departement und Division beschränkt. Aufhebung der Feldgeistlichen für die Regimenter der Artillerie, des Genies, die Legion der Carabinierijünglinge und der Invalidenhäuser. Einige Reduktionen in den organischen Cadres des Generalstabs der Artillerie, des Genies, der Militärintendantur, der Institutionen der Militärgerichte. Modifikationen in den organischen Cadres der Linie auf dem Friedensfuße, damit, indem man allmählig die Zahl der Unterleutnants verringert und die Zahl der Leutnants und Hauptmänner um ein Geringes vermehrt, man zu einer bedeutenden Ersparniß gelange. Aufhebung der Musikhule. Diese Modifikationen bringen eine Ersparniß zuwege, die mehr als 10 Millionen betragen soll.

*** Florenz, 18. Jan.** Nach den Mittheilungen, welche der „Italia“ zugehen, belaufen sich die Ersparungen, welche das Ministerium in dem Budget von 1866 machen will, auf etwa 60 Millionen und nicht mehr. S. o.

*** Rom, 17. Jan.** Dem Vernehmen nach hat sich der Bankier Gh. Lastra 6 Tage in Unterhandlungen wegen eines Anlehens hier aufhalten, jedoch, ohne daß etwas zu Stande gekommen ist, wieder die Rückreise angetreten. Die päpstliche Regierung soll 50 Mill. verlangen, und Hr. Lastra ihr nur sechs zur Verfügung gestellt haben. Jedenfalls ist die Regierung zur Kontrahierung eines Anlehens genöthigt, um das bedeutende Defizit ihres Budgets zu decken.

Frankreich.

*** Paris, 20. Jan.** Die „France“ vermuthet, daß die „Darlegung der Lage des Kaiserreichs“ bereits am Tage der Eröffnung der Kammer an die Mitglieder des Senats und des Gesetzgeb. Körpers vertheilt werden wird. — Das „Mémor. diplom.“ widerlegt, auf Grund von Briefen aus Rom, das Gerücht, daß Kardinal Antonelli offiziell von einer Uebereinkunft, der zufolge die Kabinete von Wien und Madrid 1500 bis 2000 Mann Truppen dem Papste zur Verfügung stellen würden, Kenntniß gegeben habe. Der Papst habe in der neuesten Zeit in Frankreich die günstigste Stimmung für seine Sache gefunden, und werde von dort aus 1500 bis 2000 Mann theils durch freiwillige Anwerbung, theils aus der Fremdenlegion erhalten. Der heil. Vater zeige sich sogar sehr gerührt durch die Vergünstigungen, durch welche die französische Regierung die Anwerbungen für seine Armee fördere.

Dasselbe Blatt bestreitet es, daß man aus dem Reskript des Hrn. v. Gablenz gegen Einreichung holsteinischer Petitionen den Schluß ziehe, daß Oesterreich gegen eine Einberufung der holsteinischen Stände sei. Oesterreich halte sich einfach auf dem Boden der strengen Gesetzmäßigkeit, gebe aber keineswegs zu, daß ihm die Kaiserliche Konvention eine solche Einberufung vermehren könne. Die beiden Mächte seien durch diese Konvention einzig dazu verpflichtet, nur durch gemeinschaftliches Uebereinkommen in endgiltiger Weise über das Gebiet der Herzogthümer zu verfügen. Die Einberufung der holsteinischen Stände sei übrigens selbst nach der „Wien. Ztg.“ nur noch eine Frage der Zeit, und dies beweise hinlänglich, daß Oesterreich nur mit Zuziehung der Bevölkerung über das Schicksal Schleswig-Holsteins entscheiden wolle.

Aus Florenz erfährt das „Mémor. dipl.“, daß augenblicklich General Lamarmora sich dem Zustandekommen einer kommerziellen Uebereinkunft mit Oesterreich sehr günstig zeige. — Rente 68,62 1/2, Cred. mob. 830, Dstb. 530, ital. Anl. 62,62 1/2.

*** Paris, 20. Jan.** Der „Constitutionnel“ veröffentlicht heute an der Spitze seiner Nummer einen von seinem Hauptredakteur unterzeichneten Artikel, „Les Emigrés de l'intérieur“. Mit diesem Titel bezeichnet Hr. P. Limayrac diejenigen, welche in Sachen des Auslieferungsvertrags auf Seite Englands sind oder für Rückzug der Truppen aus Mexiko stimmen. — Nach heute Nacht eingetroffenen Nachrichten ist Prinz Ddone, dritter Sohn des Königs B. Emanuel, bedenklich erkrankt; man fürchtet sehr für den seit langer Zeit von einem tropischen Leiden heimgekehrten Prinzen. B. Emanuel reiste sofort zu seinem Sohne nach Genua ab, wohin heute auch ein Adjutant des Prinzen Napoleon abging. — Gestern war der Jahrestag des Todes Prothon's. Während des ganzen Tags bewegten sich zahlreiche Gruppen, namentlich viele Studenten und Arbeiter, nach dem Kirchhof

von Passy, um Smortellenkränze auf das Grab des Denkers niederzulegen. — Die „Gaz. des hopitaux“ gibt, nach Mittheilungen der Polizeipräfektur, die Gesamtzahl der Opfer der Cholera in Paris auf 6383 an.

Paris, 21. Jan. Der „Moniteur“ schreibt: Eine heute Morgen hier angelommene Depesche meldet, daß Prim gestern um 2 Uhr Nachts in Portugal angekommen ist und seine Pferde und Waffen dem Alcalde von Encinasola ausgeliefert hat. — Aus Barcelona sind keine neuere Nachrichten eingetroffen.

Paris, 22. Jan. (W. L. V.) Der heutige „Moniteur“ sagt: Die gestern vorgenommene Legung des Telegraphenkautes zwischen Livorno und Corsica ist vollständig gelungen.

Es bestätigt sich, daß Prim am Samstag nach Portugal übergetreten ist.

Spanien.

„Prim hat Verlanga verlassen und ist nach Segura gerückt.“ So wird aus Madrid, 19. Jan., telegraphirt. Die Bewegung nach Andalusien auf der Straße, die nördlich von der Sierra de Constantina durch den Süden von Estremadura zieht, bestätigt sich also. Segura de Leon liegt hart an der andalusischen Grenze. Die Nacht vorher hatte dieses Corps in Buenavida zugebracht. Der Vortrag, der bereits am 18. in Andalusien eingerückt war, traf in Fresnel de la Sierra Abends 6 Uhr ein. Der dortige Alcalde meldete laut einer Madrider Depesche vom 20. an die Regierung: „Die Insurgenten verlangen, als sie um 6 Uhr hier einrückten, Rationen, mit dem Vorhaben, Nachtquartier zu machen; da sie aber erfahren hatten, daß Truppen anrückten, so eilten sie um 8 Uhr kopfüber in der Richtung nach der Grenze fort, und Alles spricht für den Glauben, daß sie in Portugal eintreten werden.“ Ohne den „Glauben“ an das Einrücken in Portugal und ohne das „kopfüber“ der Flucht thut es keine Madrider Depesche mehr. Der „Moniteur“ dagegen meldet: „Laut den jüngsten spanischen Nachrichten hat Prim die Grenze noch nicht passirt.“ Madrid ist noch immer ruhig; in Catalonien dagegen steigt die Bewegung. Der Befehlshaber der Provinz Tarragona, General Pelaez, hat sein Hauptquartier nach Reus verlegt, wo Prim zu Hause ist und von wo er 1843 mit Narvaez zum Sturz des Regenten Espartero auszog, um diesen Ort im Zaum zu halten. Reus liegt im Centrum der Kreise Valls und Montblanch, wo der Aufstand sich organisirt und eine Bande von 800 Bewaffneten signalisirt wurde. Pelaez hat am 15. Jan. auf der Eisenbahn Verstärkungen nach Reus und Villafraanca und zu Schiff nach Tarragona gezogen. Der „Moniteur“ meldet nun: „Zwölf Bataillone Infanterie und eine Schwadron Lanciers wurden dem Kommandirenden der Provinz Tarragona zur Verfügung gestellt, um die Banden zu zerprengen.“ Die Insurgenten scheinen wieder die alte Taktik zu beobachten, sich in den Bergen zu organisiren, die Kommandirenden zu zwingen, mehr und mehr Barcelona und Valencia zu entlösen, so die Erhebung der großen Städte zu erleichtern, und dann Kolonnen zum Zuge auf die Hauptstadt zu formiren. Inzwischen sind die seit den letzten großen Aufständen von Narvaez und O'Donnell gebauten Eisenbahnen und Telegraphenlinien diesmal bedeutend in Rechnung zu ziehen.

Von Paris schreibt man der „Köln. Ztg.“: „Der Aufstand, der in Catalonien ausgebrochen ist, scheint ernstlicher zu sein, als man bisher gemeldet hat. Selbst nach den offiziellen Berichten, welche die Sache zu bemängeln suchen, muß die Zahl der Insurgenten, die hauptsächlich aus Valls, Popsola und Vilaverde ausrücken, bedeutend sein. Mehrere Heeresabtheilungen verfolgen dieselben; aber man hört nichts von einem Siege der Truppen, während die Insurgenten den Truppen bereits eine Schlappe, und zwar in der Nähe von Reus, beigebracht haben, indem sie die Avantgarde der Truppen bis auf den letzten Mann niedermetzten. Den Soldaten wurde in Folge dessen eine Batterie Artillerie zu Hilfe gesandt. Die Garnison von Valls soll sich zu Gunsten der Bewegung ausgesprochen haben. An ihrer Spitze steht ein Oberst, der von Narvaez abgesetzt worden war, dem aber alle Truppen zufielen, als er sie aufforderte, mit ihm für Recht und Freiheit zu kämpfen. Wie der Madrider Korrespondent des „Temps“ meldet, zeigte sich die erste Bande — und dieses bestätigen auch die offiziellen Berichte — bei Priorat unter dem Oberbefehl Escoda's, der zuerst die Catalonier kommandirte, die mit Prim ausgezogen waren. Der General, der auf den Uebergang der Truppen zählte, hatte nämlich gleich beim Beginn des Feldzugs, oder wenn man will, des Rückzuges, Escoda mit seinen Cataloniern nach Catalonien abgeschickt, um dort den Aufstand hervorzurufen. Dieselben begaben sich in Banden von 4 bis 5 Mann nach den Bergen von Priorat, wo sie jetzt operiren. Die Mazos de l'Escudra, die sich in Barcelona so scharf benahmen, konnten die Anwesenheit Escoda's übrigens schon bemerken, denn eine ganze Abtheilung derselben wurde bei Montelan niedergemetzelt. Die Königl. Truppen selbst scheinen ebenfalls stark mitgenommen worden zu sein, denn in Reus und Tarragon ist eine große Anzahl verwundeter und tochter Soldaten angekommen. Die Insurgenten gehörten zum größten Theil reichen Familien an; sie erkaufte sich ihre Waffen ziemlich theuer, denn sie ließen sich dieselben zur See einschmuggeln. Der nämliche englische Dampfer, der s. Z. die Carlsten mit Waffen verfab, verschaffte ihnen auch die ihrigen.“

*** Bayonne, 20. Jan.** Briefe aus Madrid vom 19. melden, daß Prim Verlanga verlassen und sich gegen Aussage gewandt hat. Der „Diario Español“ sagt, daß sich 4000 Galeerensträflinge zu Alcala in dem Gefängnisse befanden, dessen Pforten die beiden jetzt süßlirten Sergeanten zu öffnen versucht hätten. Diese Züchtlinge sollten zu Prim stoßen (?). Madrid ist ruhig.

Die „Epoca“ meldet, daß die Regierung die offizielle Nachricht von der Uebernahme des Kommando's über das Geschwader des Stillen Weltmeers durch den Brigadegeneral Muñoz nach dem Tode Pareja's erhalten hat.

Aus Bayonne wird gemeldet: Madrid, 20. Jan. Es sind Unruhen in Reus ausgebrochen; die Stadt sowie die Provinz Valencia sind in Belagerungszustand erklärt.

Belgien.

Brüssel, 20. Jan. (Köln. Ztg.) Es heißt, die Regierung wolle Antwerpen zum Freihafen erklären, was gewiß ein großer Schritt zur Anbahnung einer Verständigung mit der eigensinnigen Handelsstadt wäre. — Das Abgeordnetehaus hat die Verathung des Budgets des Innern heute geschlossen und im Gesamtvoitum das Budget, das sich auf 11,894,027 Fr. 15 Cts. beläuft, mit allen gegen die obligaten Antwerpener Stimmen genehmigt. — Der Justizminister Bara beabsichtigt, wie ich erfahre, gelegentlich der Senatsdebatte über die Revision des Strafgesetzbuchs die Abschaffung der Todesstrafe und erhebliche Milderungen der Untersuchungsfrist zu beantragen. — Die Kinderpest tritt neuerdings in bedenklichem Grad in den nördlichen Provinzen des Landes auf.

Dänemark.

Kopenhagen, 20. Jan. Durch ein Königl. Reskript wird der Reichsrath auf den 5. Febr. einberufen. Es heißt, die internationale Finanzkommission habe in ihren Arbeiten wesentliche Fortschritte gemacht, die einen baldigen Abschluß verheißen.

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 19. Jan. Der bisherige Präsident der Kammer hat auf Verlangen des Fürsten Kusa seine Demission gegeben. An seine Stelle wurde Kataragin zum Kammerpräsidenten gewählt.

Lebanteppost.

Konstantinopel, 13. Jan. Khurshid Pascha ist zum Gouverneur Aleppo's ernannt. Das „Journ. de Const.“ veröffentlicht den griechisch-türkischen Vertrag zur Unterdrückung des Räuberwesens. Daoud Pascha erhielt Befehl, die telegraphische Verbindung zwischen den vorzüglichsten Ortschaften Libanons herzustellen.

Großbritannien.

*** London, 19. Jan.** „Daily News“ gibt sich der Hoffnung hin, daß die Elbherzogthümer-Frage endlich doch eine den Wünschen Englands mehr entsprechende Lösung erhalten werde; sie hofft zwar keine bänische Restauration in den Herzogthümern, aber wenigstens doch eine Vereitelung der preussischen Pläne und den Triumph des in England so viele Jahre lang vielversprochenen Präsidenten. Sie stützt sich dabei auf eine im Verlauf des Artikels enthaltene diplomatische Thatsache. Da das Blatt von je her zu Lord J. Russell in näherer Beziehung stand, so theilen wir das Wesentliche des Artikels mit. Es heißt darin:

Wenn der Minister einer der großen kontinentalen Mächte mit Zuversicht eine Politik verkündet, die dem Staatsrecht Europa's Trost bietet und das sittliche Gefühl der Menschheit theilhaftig, so nimmt man natürlich an, daß er die wahrcheinlichen Folgen davon berechnet hat. Man kann sich schwer denken, daß ein Mann, auf dem solche Verantwortlichkeiten ruhen, sein Vaterland in ein Unternehmen stürzt, dessen materieller Erfolg nicht im voraus gesichert ist. So gilt die Rede, die Graf Bismarck am Montag in Berlin den Herren und den Abgeordneten verlas, bei uns natürlich für den Ausdruck einer wohl überdachten Staatskunst. Und doch mag es fraglich sein, sie von einem andern Gesichtspunkt zu betrachten. Jene solche Erklärung kann den vorausgesehenen Triumph andeuten; aber andererseits kann sie der Ausbruch einer durch Hindernisse gereizten Ehrsucht — kann sie eine unbedenken drohende Kollisionslinie sein. . . . Mit offenbarem Mißvergnügen blühen preussische Staatsmänner auf die Aussicht zu einer Ausöhnung zwischen Oesterreich und Ungarn; und die Annäherung Oesterreichs an die Westmächte — wenn auch die förmliche österreichisch-französische Allianz, von der die Jama spricht, wahrcheinlich keine Existenz haben mag — hat ihre Stimmung nicht heiterer gemacht. Wir dürfen uns am Ende durch Graf Bismarck's kühne Sprache nicht täuschen lassen. . . . Die Kaiserliche Konvention und die erkaufte Abtretung der österreichischen Mißbesitzrechte auf Lauenburg an Preußen haben vielleicht die öffentliche Meinung irre geführt und verleitet, die Absichten der österreichischen Regierung in Bezug auf die beiden wichtigsten Herzogthümer, deren Geschid noch unentschieden ist, zu verkennen. . . . Die österreichische Regierung heute noch an den Anknüpfungen fest, die sie in früherer Zeit über das Erbfolge-Recht in Schleswig-Holstein gemacht hat? In einer Erklärung vom 28. Mai 1864 machte die österreichische Regierung kund, daß sie den Herzog von Augustenburg für den „best berechtigten Bewerber um die Herzogthrone“ halte. . . .

Nun haben wir guten Grund zu glauben, daß die österreichische Regierung auf eine ausdrückliche Anfrage einer unparteiischen Macht (Englands?) jüngst geantwortet hat, daß sie vollkommen an ihrer früheren Erklärung festhalte und den Herzog von Augustenburg noch immer als den rechtmäßigen Erben der schleswig-holsteinischen Krone betrachte. Diese Erklärung würde den Ideen Englands und Frankreichs vollkommener entsprochen haben, wenn sie eine andere Form angenommen, d. h., wenn Oesterreich gerade heraus gesagt hätte, daß Derjenige, den das zu regierende Volk vorzieht, der bestberechtigte Fürst ist. Für den unmittelbaren praktischen Zweck aber hat die österreichische Erklärung denselben Werth, wie die Anerkennung einer solchen Doktrin. . . . Wenn nun die österreichische Regierung den Zeitpunkt zur Lösung der Frage gekommen glauben und eine damit übereinstimmende Politik öffentlich ankündigen sollte, so wäre die erste Wirkung eines solchen Schrittes die, jene Einigung mit der großen Masse des deutschen Volkes wiederherzustellen, welche zu Grunde ging, als Oesterreich so unklug war, die Mittel- und Kleinstaaten Deutschlands im Stich zu lassen und sich auf Preußens Seite zu schlagen. . . . Ein solcher Schritt würde viel dazu beitragen, den moralischen Muth des deutschen Volkes wiederherzustellen und einen Glauben wieder zu beleben, den die Ereignisse der letzten zwei Jahre arg erschüttert haben. . . . Eine so weise und hochberzige Politik würde nicht verfehlen, im Auslande gewarbigt zu werden und der österreichischen Regierung Freunde zu verschaffen. Die Bedürfnisse Europa's und die Gesinnung seiner mächtigsten Regierungen würden zusammen diese Wirkung hervorbringen, wie sie in der That schon Fragen und Winkte veranlassen, deren Ergebnis in kurzem an's Licht treten dürfte. Aber diese wichtige Seite

der Frage muß einer besondern und eingehenden Besprechung vorbehalten bleiben.

Die „Times“ erklärt das Gerücht von dem Austritt Paryard's aus der Regierung für unbegründet.

Auf Anordnung des Kronanwalts sind 21 Gefangene, welche in der vorigen Woche wegen angeblicher Theilnahme an dem Fenierbund verhaftet wurden, auf freien Fuß gesetzt worden, weil die Verdachtsgründe gar zu unzureichend waren. Zwei Fenier, Cornelius Dwyer Kane und John Gloffessy, hat der Gerichtshof den einen zu zehnjähriger Zwangsarbeit, den andern zu zweijähriger Gefängnißstrafe verurtheilt. Die Jagd auf das entlohene Fenierhaupt wird noch immer mit mehr Energie als Glück fortgesetzt. Vor kurzem soll James Stephens in der Umgegend von Gort gesehen worden sein, und die Polizei verdoppelte dort ihre Anstrengungen; Bimerick und andere Städte sind gleichfalls wieder durchsucht worden. Gegenwärtig spürt eine Schar von etwa 100 Constablen, zu Fuß und zu Roß, nebst einigen geheimen Polizeiführern in den Bergen und Höhlen bei Boyle umher; die Jäger sollen nahezu überzeugt sein, daß ihr vielgehegtes Wild dort einen Schlupfwinkel aufgesucht habe.

In Norden von Wales drohen Arbeiterunruhen. Weil die Besitzer des Bleibergwerkes Hollyn bei Holywell in der Grafschaft Flintshire die täglichen Arbeitsstunden von sechs auf acht erhöhen wollen, aber mit entsprechender Erhöhung der Löhne, haben ihre Leute die Arbeit eingestellt (wie es heißt, haben die Weisten derselben eigene Antheile an kleinen Gruben, in denen sie nach Vollendung ihres Tageswerkes für sich selbst arbeiten, und wollen von einer Verlängerung der Arbeitsstunden nichts wissen). Von andern Bergwerken her auf 2000 Mann verstärkt, durchziehen die Theilnehmer an der Koalition nun die Umgegend von Holywell, um an dem Grubenverwalter und acht ihrer Werkgenossen, die ihre Mitwirkung verweigern, Rache zu nehmen, zu welchem Ende sie schon in mehrere Wohnungen gewaltthätiger Weise eingebrochen sind. Eine Kompanie Militär ist deshalb zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit von Chester nach Holywell beordert worden, und der Kommandeur des 85. Regiments hält seine Truppen stets in Marschbereitschaft, um im Nothfall Verstärkung zu bringen.

London, 20. Jan. Andeutungen, wie man ihnen jüngst vielfach in kontinentalen Blättern begegnet ist, Andeutungen nämlich über eine neu bevorstehende gemeinsame diplomatische Aktion in Sachen der Elberzogerthümer und zu Gunsten des Herzogs von Augustenburg finden sich heute auch in „Daily News“. Mit Genugthuung theilt das liberale Blatt mit, daß der Kaiser Napoleon, dem die in Deutschland herrschende allgemeine Unzufriedenheit große Sorge mache, sich wieder angelegentlich mit der Herzogthümerfrage befaßt; daß ein Wiederzujammentritt der Londoner Konferenzen (diesmal mit ausgesprochener Tendenz gegen Preußen) durchaus nicht unmöglich sei; und daß England bei all seiner Unlust, sich in die Angelegenheiten des Festlandes einzumischen, diesen Konferenzen seine Theilnahme nicht gut würde versagen können. Der Daily-News-Artikel lautet im Wesentlichen:

Die schleswig-holsteinische Frage ist ihrer Lösung jetzt eben so fern wie vor 18 Jahren, und in manchen Beziehungen ist sie dem europäischen Frieden gefährlicher als früher. . . Deutschland, d. h. Oesterreich nebst den Mittel- und Kleinstaaten, könnte ohne Zweifel eine bestreikende Lösung der Frage ohne auswärtige Hilfe herbeiführen, aber nicht ohne starke Bewegung und vielleicht nicht ohne Krieg. Obgleich nun England, Frankreich und Rußland auf der Konferenz vor zwei Jahren es ablehnten, mehr zu thun, als den Kriegführenden Rath zu erteilen, haben sie seitdem nichts gethan, um das Ergebnis der militärischen Operationen, in welche sie nicht eingreifen wollten, aufzuheben. Wenn es ihnen nun frei hand, die schleswig-holsteinische Angelegenheit vor zwei Jahren, als die Herzogthümer noch einen anerkannten König hatten, in Erwägung zu nehmen, haben sie jetzt um so mehr ein Recht dazu, da die Fortdauer des Zustandes der Unwissenheit den Interessen des Friedens Gefahr droht. Niemand wird behaupten wollen, daß die Gefahr eine eingebilte sei. Wir waren Alle dazu bereit, zu erkennen, wie gefährlich es ist, Schleswig-Holstein dem preussischen Erbzog zur Beute zu lassen, als unläuglich der weise Herrscher von Belgien starb. Mit Spannung warteten wir Alle, um zu sehen, ob der Kaiser Napoleon nicht die Anerkennung des neuen Königs der Belgier an gewisse Vorbehalte knüpfen werde. Jeder dachte dabei an Preußen, dessen Vergrößerung der französischen Doktrin der Kompensationen in die Hand arbeiten konnte. Antwerpen konnte vielleicht als Gegengewicht gegen Rembourg und Kiel gebraucht werden. Man dachte auch an die Möglichkeit eines geheimen Einverständnisses zwischen dem Kaiser Napoleon und dem Grafen Bismarck. Aber wenn der Kaiser Napoleon jüngst Belgien gegenüber einen Beweis seiner Mäßigkeit gegeben hat, so folgt daraus nicht, daß die preussische Politik in Schleswig-Holstein triumphiren könnte, ohne die Interessen anderer Länder durch Versuche zur Wiederherstellung des gefährdeten Gleichgewichts zu gefährden. . . Das Publikum hat sich gewöhnt, die ersten Schritte zur Ausgleichung großer europäischer Fragen vom Kaiser Napoleon zu erwarten; und wenn wir recht berichtet sind, beschließt sich dieser Souverän gegenwärtig mit Erwägung dieses besondern Gegenstandes. Unter diesen Umständen ist es wenigstens denkbar, daß man in nicht ferne Zeit die Hauptmächte Europa's befragen wird, ob es nicht wünschenswerth wäre, die Angelegenheiten Schleswig-Holsteins wie früher auf einer Konferenz zu erörtern. Die Trennung der Herzogthümer von Dänemark ist nicht mehr rückgängig zu machen, obgleich das Ereigniß in seinen Einzelheiten, namentlich in Bezug auf die Nordgrenze von Schleswig, einer Berichtigung fähig ist. Damals suchten wir vergebens im Namen der Heiligkeit der Verträge die Herrschaft eines Königs zu verlängern, der in Schleswig-Holstein, ohne seine Schuld, sehr unbeliebt war; jetzt ist der Vorschlag, demselben Volke bei der Befestigung seiner Unabhängigkeit unter einem Fürsten seiner Wahl beizustehen. Damals hatten wir das Volk und die Fürsten Deutschlands gegen uns; jetzt würden, mit Ausnahme Preußens, Alle das vorgeschlagene Werk mit Beifall aufnehmen. Und wofern wir nicht entschlossen sind, uns von den gemeinsamen Angelegenheiten Europa's ganz zurückzuziehen und eine Politik der Isolirung einzuschlagen, könnten wir der Erörterung nicht aus dem Wege gehen. Eine Konferenz scheint das geeignete Auskunftsmittel, um ein Element der Gefahr aus Europa zu entfernen; und es ist

nicht leicht zu sehen, aus welchen Gründen wir die Vertretung auf einer solchen Konferenz ablehnen könnten.

Einer Reformdeputation aus Huddersfield erteilte Carl Russell gestern eine Antwort, welche, wenn sie auf Thatsachen begründet ist, einen bemerkenswerthen Mangel an Entschluß bei der Regierung kundgibt, oder im andern Fall nur eine linksche Ausrede ist. Carl Russell sagte nämlich, die Regierung habe sich noch nicht entschieden, ob ihr Reformvorschlag die ganze Frage umfassen solle, wie im Jahr 1832, oder sich nur auf die Erweiterung des Stimmrechts beschränken, und die übrigen Einzelfragen der spätern Gesetzgebung anheimstellen werde. Und doch stehen wir schon an der Schwelle der neuen Parlamentssession.

London, 21. Jan. (Köln. Bzg.) Der „Sunday Gazette“ zufolge hat Lady Palmerston die ihr von der Königin angebotene Pairie abgelehnt. — Sir Ch. Wood, obgleich noch leidend, behält das Staatssekretariat für Indien.

Amerika.

Neu-York, 10. Jan. (Morgens.) Im Kongreß wurde ein Besetzungswurf über eine Ausgabe von Schaßbons zur Tilgung der schwebenden Schuld eingebracht. Sie sollen in 40 Jahren mit 5 Proz. Zinsen für Europa und 6 Proz. in Amerika rückzahlbar sein. — Ferner wurde der Antrag eingebracht, daß die Bundesstruppen in den Südstaaten nur mit Einwilligung des Kongresses zurückgerufen werden können. — Zu Neu-York wurde in Betreff Chills ein Meeting abgehalten. Man sprach gegen das Auftreten Spaniens gegen dieses Land. Mehrere Kongressmitglieder und der Gesandte von Chili waren anwesend. Es wurde ein Chili günstiger Beschluß gefaßt.

Gold 139, Wechsel 151, Bonds 103 3/4, Baumwolle 50 bis 51.

Neu-York, 10. Jan. (Per Australasian.) Die diplomatische Korrespondenz wegen der mexikanischen Frage ist dem Senat vorgelegt. Unterm 16. November schrieb der Staatssekretär Seward an Hrn. Bigelow in Paris, die Regierung der Vereinigten Staaten betrachte die Gründung eines dauernden merikanischen Kaiserreichs als unstatthaft und werde keine antirepublikanischen Staatseinrichtungen anerkennen. Unterm 16. Dez. schrieb derselbe an denselben, selbst wenn die französischen Truppen Mexiko geräumt hätten und heimgekehrt wären, würde die Union den Kaiser Maximilian nicht anerkennen. Unterm 18. Okt. schrieb Hr. Drouin de Lhuys an Hrn. Montholon, französischen Gesandten in Washington, vertraulich, Frankreich wünsche so bald als möglich seine Truppen aus Mexiko heimzuberufen und möchte mit der Unionsregierung gern ein Abkommen treffen, dessen Grundlage aber die Anerkennung des Kaisers Maximilian und das Verprechen sein müßte, daß der Konsolidirung des merikanischen Kaiserthrones von Seiten der Vereinigten Staaten kein Hinderniß in den Weg gelegt werden würde. Seward erwiderte darauf unterm 6. Dez., der Präsident bedauere, diese vorbereitende Grundlage als unzulässig ablehnen zu müssen.

Das Repräsentantenhaus forderte die Vorlegung der Depeschen, die sich auf „die Abfängung eines amerikanischen Kindes (angeblich eines Bringen) durch den Murrpator von Mexiko“ beziehen.

Der Finanzausschuß hat sein Gutachten abgegeben über die zur Fundirung der schwebenden Schuld auszugebenden 40jährigen Goldbons, deren Zinsen in Europa mit fünf, in Amerika mit sechs Prozent ausgezahlt werden sollen.

Unter Vorsitz des Generals Rosenkrantz hat ein großes Meeting stattgefunden, dessen Resolutionen gegen Frankreichs Verharren in Mexiko gerichtet waren. Ein zweites Meeting steht bevor.

Aus Chihuahua, 2. Jan., wird gemeldet, daß Juarez seine Präsidentschaft fortführe, ohne daß ihm Opposition gemacht werde. Von den Bürgern von Matamoros forderte General Mejia, daß sie dem Kaiser huldigen sollten, und verbieten jeden Verkehr mit der amerikanischen Seite des Jucos. (Köln. Bzg.)

Die Korrespondenzen aus Rio de Janeiro ergeben sich in Berichten über einen eben so unerquicklichen als unerheblichen Despatcheswechsel zwischen Lopez und Mitre. Die allirte Armee hat nun das linke Ufer des Parana erreicht. Der Mangel an Lebensmitteln, dem sie auf dem Marsche durch diese verunreinigten Länderecken ausgegesetzt waren, ist jetzt nicht mehr zu befürchten, da ihnen reichliche Vorräthe zu Wasser von Buenos Ayres und Montevideo zugeführt werden können. Die Truppen lagern am Rincon dos Leballos zu Empredado unter den Mauern von Corrientes. Bereits sind ihnen zu Schiff über 3000 Mann Verstärkung zugegangen. Außerdem erwartet man noch 5000 Brasilianer unter Baron Porto Alegre, die schon von Rio Santa-Lucia angekommen. Man hat in Erwartung dieser Verstärkungen auf die Mitwirkung eines so zweideutigen Bundesgenossen wie Urquiza verzichtet, und dessen Kontingent definitiv ausgelöst.

Bemischte Nachrichten.

In der neuesten Zeit verweilt Rogeard, der Verfasser der Geschichte des Labienus, in Heidelberg. Der „N. Frk. Bzg.“ ist nachstehende Zuschrift von ihm zugekommen: „Hr. Redakteur! Ich erfuhr so eben durch einen Reisenden, daß in Paris ein mit meinem Namen unterzeichnetes Flugblatt zirkulirt, welches zum Tyrannenmord auffordert. Dieses Schriftstück ist das Werk eines Fälschers. Ich sehe mich gezwungen, von diesem Manöver dem Publikum Kenntniß zu geben. Heidelberg, 15. Jan. 1866. A. Rogeard.“

Dem „Frk. Journ.“ zufolge hätte auch von Rannheim bereits die Versendung von frischem Ochsenfleisch nach England Eingang gefunden.

In der Nacht vom 13. auf den 14. d. fand in Hohenlinden, B. A. Eberberg, ein Haberfeldtreiben statt, wobei etwa 400 Treiber betheilt waren. Parrer und Posthalter ausgenommen, welchen Hochrufe gebracht wurden, wurde fast sämmtlichen Bewohnern das Sündenregister unter fürchterlichem Schandl vorgelesen.

Das in Aachen bestehende Komitee zur Einsammlung von Gaben für den Papp macht die Anzeige, daß auf Anordnung des Regierungspräsidenten Küstner die fernere Veröffentlichung der bis-

her im „Echo der Gegenwart“ bekannt gemachten, für den Papp eingegangenen Spenden polizeilich untersagt worden. Das Komitee hat sich gegen diese Maßregel höchst beschwert.

Paris, 21. Jan. Gestern besuchten die Mitglieder der marokkanischen Gesandtschaft die Central-Telegraphenstation im Ministerium des Auswärtigen, wo sie der Generaldirektor des französischen Telegraphenwesens, Hr. v. Bougy, in zuvorkommendster Weise empfing. Sie waren ungemein überrascht, als sie in ganz kurzer Zeit mit einem bereits in Marseille weilenden Mitglied der Gesandtschaft sich in Korrespondenz setzen konnten; allein noch weit größer war ihre Staunen, als sie durch den Caselli'schen Apparat mit einem Mal dessen ihnen wohlbekannte arabische Schriftzüge vor ihren Augen entstehen sahen.

Die Marquise de los Castillejos, Gemahlin des Generals Prim, ist, wie die „Gaz. des Etrangers“ meldet, am 20. d. von Madrid in Paris angekommen.

London, 19. Jan. In Whitburn ist eine Untersuchung wegen der trügerischen Kästenlichter angestellt worden, durch die mehrere Schiffe sich an den gefährlichen felsigen Strand und in ihr Verderben haben locken lassen. Admiral Collinson und Kapitän Lambert, welche die Nachforschungen leiteten, erklärten jedoch, daß die von mehreren Schiffbrüchigen gemachten Aussagen keine klaren Beweise enthielten und daß die Lichter des Orts Whitburn wahrscheinlich von solchen Seefahrern, die mit der Küste von Durham unzulänglich bekannt gewesen, für Baken, und wenn das Fahrzeug auf den Grund lief, für absichtlich angezündete falsche Strandlichter angesehen worden seien. Die Fischer von Whitburn, gegen die man den Verdacht der Strandüberrei ausgesprochen habe, seien allem Anschein nach völlig unschuldig; durch ihre heldenmüthige Aufopferung in der Rettung Schiffbrüchiger während der letzten Stürme hätten sie vielmehr bewiesen, daß sie solchen Trevels unfähig seien. Trotz des die ausgesprochenen Verdächtigungen verringernenden Resultats dieser Untersuchung dient es doch bei der Wichtigkeit der Angelegenheit nur zu weiterer Verhütung, daß, um völlige Aufklärung zu erlangen, das Handelsamt eingehendere Nachforschungen anstellen wird.

Baden, 19. Jan. Die gestrige Strafkammer-Verhandlung in Anklagesachen gegen die Schmiedmeister Giffeli Ehefrau von Karlsruhe wegen Diebstahls und Verletzung brachte ein lebendiges Bild von dem hiesigen Leben, und zeigte zugleich von neuem die großen Vorzüge des mündlichen Verfahrens. Am 31. Oktober v. J. befand sich nämlich die Angeklagte angeblich wegen eines Geschäftes dabei, und besuchte Abends den Spielsaal, in welchem, weil es der letzte Abend der Spielsaison war, ein arges Gedränge stattfand. Sie stand am Roulettisch hinter einem Fremden, der stark spielte und immer Haufen von Gold und Silbergeld vor sich liegen hatte. Ein gegenüberstehender Junge bemerkte nun, wie sie mehrmals die Hand nach diesem Gelde ausstreckte, und endlich sechs Goldstücke erwißte, mit denen sie sich entfernen wollte. Der Bestohlene gewahrte jedoch seinen Verlust und ergriff die Angeklagte an der Hand, welche drei Goldstücke fallen ließ, und weitere drei Goldstücke nahm er ihr daraus hinweg. Die Angeklagte hatte sich damit entschuldigt, daß sie einige Thaler unmittelbar vorher im Spiel verloren habe, und in der Verzweiflung hierüber, sowie aufgeregt durch den ungewohnten Anblick des vielen Geldes in augenblicklicher Verwirrung der Sinne eine unglückliche, ihr selbst unbegriffliche Handlung begangen habe. Da dieselbe einen ganz guten Leumund hat und sich in nach Verhältniß günstiger Vermögenslage befindet, so konnte ihre Entschuldigung wohl Glauben finden und selbst Mitleid erwecken, zumal sie sich bei der Verhaftung sehr aufgeregt zeigte. Bei der mündlichen Verhandlung erwähnte zufällig ein Zeuge den bisher unbekanntem Umstand, daß die bei dem Eingang in den Spielsaal sitzende Garderobefrau in der bei ihr vordurchgeführten Verhafteten eine häufige Besucherin des Spielsaals erkannt habe. Diese Frau wurde nunmehr vorgeladen, und bezeugte unter Angabe von allerlei Einzelheiten, daß sie die Angeklagte habe oft in den Spielsaal gehen sehen; deren Aufmerksamkeit schien namentlich dadurch geschärft worden zu sein, daß die Angeklagte jeweils bei ihr ein Körbchen deponirte, ohne das übliche Trinkgeld dafür zu entrichten. Die Angeklagte bestritt zwar jenen gravirenden Umstand und beharrte auf ihrer Vertheidigung. Da diese aber wesentlich darauf beruhte, daß die Angeklagte mit den Spielsälen unbekannt sei, und da man weiter von den Zeugen hörte, daß gerade von Frauenzimmern sehr häufig im Spielsaal Diebstähle der gleichen oder ähnlicher Art ausgeführt werden, so nahm der Gerichtshof keinerlei mildernde oder mindernde Umstände an und verurtheilte die Angeklagte zu geschärfter Kreisgefängnißstrafe von drei Monaten. Darin war auch die Strafe für das weitere Vergehen der Verletzung enthalten, welches die Angeklagte dadurch verübte, daß sie dem sie in das Gefängniß abführenden Gardarm ein Geschenk von 50 fl. versprochen hatte, wenn er sie freilasse.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
20. Jan.					
Morgens 7 Uhr	27.11.07	2.5	S.W.	schw. bew.	bunzig, kühl
Mittags 2 „	10.40	+ 9.0	„	stark „	Sonnenbl., kühl
Nachts 9 „	11.03	+ 6.5	„	„	„
21. Jan.					
Morgens 7 Uhr	28.0.60	+ 5.5	S.W.	stark bew.	trüb, kühl
Mittags 2 „	0.83	+ 7.0	„	schw. „	Sonnenbl., kühl
Nachts 9 „	1.02	+ 4.5	„	„	sternhell „

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 23. Jan. 1. Quartal. 14. Abonnementsvorstellung. Für nervöse Frauen; Lustspiel in 1 Akt, von Poly Henrion. Hierauf: Im Wartesaal I. Klasse; Lustspiel in 1 Akt, von Hugo Müller. Zum Beschluß: Liebe im Eckhaufe; Lustspiel in 2 Akten, nach Calderon von Cosmar.

Theater in Baden.

Mittwoch 24. Jan. Der geheimnißvolle Brief; Lustspiel in 1 Akt, von H. Benedix. Hierauf: Tartuffe; Lustspiel in 5 Akten, von Molière; bearbeitet von Schmidt.

3.c.873. Karlsruhe. Freunden und Bekannten geben wir die betäubende Nachricht, daß unser theurer Gatte, Vater und Bruder, Hofbuchhändler **Karl Müller**, nach mehrmonatlichen Leiden gestern Abend in einem Alter von 48 Jahren sanft entschlafen ist.
 Karlsruhe, den 22. Januar 1866.
 Im Namen der trauernden Familie:
Wilhelm Müller,
 Hofbuchhändler.

3.c.863. Karlsruhe. Mit tiefem Schmerz widmen wir entfernten Verwandten und Freunden die betäubende Nachricht von dem Dahinscheiden unserer guten Mutter, Schwester, Groß- und Urgroßmutter, der **Frau A. M. Haagen** Wittwe, geborne **Mördes**.
 Sie starb heute Nachmittag 3 1/4 Uhr, im Alter von 83 Jahren, mit den Erbschwestern der heiligen katholischen Kirche versehen.
 Wir bitten um stille Theilnahme.
 Karlsruhe, den 21. Januar 1866.
 Die Hinterbliebenen.

3.c.843. Nr. 468. Karlsruhe.
Bekanntmachung.
 Die Bitte des Sebastian Albert von Hainstadt um Erlaß zur Annahme des Namens „Kaiser“.
 Dem Sebastian Albert von Hainstadt wird gestattet, seinen Familiennamen in „Kaiser“ umzuändern.
 Karlsruhe, den 17. Januar 1866.
 Justizministerium.
 S. Tabel. Weigel.

3.c.887. Karlsruhe.
Lebensversicherungs-Verein.
 Samstag den 27. d. M., Abends 8 Uhr, findet im Saale der Landesgewerbehalle die erste statutenmäßige Generalversammlung statt, wozu wir die verehrl. Mitglieder einladen.
Tagesordnung.
 1) Vortrag des Rechnungsbuchs und der Rechnungsergebnisse;
 2) Wahl der Mitglieder des Verwaltungsraths.
 Etwaige Anträge, welche in der Versammlung zur Beratung kommen sollen, müssen nach § 13 der Statuten längstens bis zum 24. d. M. beim Vorstand schriftlich angemeldet werden.
 Karlsruhe, den 18. Januar 1866.
 Der Verwaltungsrath.

Nachricht für Einäugige.
 Der **Bolssoaneau** (11 Rue de Monceau in Paris), Verfertiger künstlicher Email-Augen, wird den 28. Januar im **Badischen Hof** in Heidelberg zu sprechen sein. Seine künstlichen Augen sind wohl zu unterscheiden von den entstellenden Glasaugen; sie sind von Email, klar, nicht schwer und doch bequem, ihre Bewegungen sind ausdrucksvoll.
3.c.658.
3.c.799. Karlsruhe.
Stellegesuch.
 Für einen im Großherzogthum Baden examinierten Pharmazeuten, welcher schon mehrere Jahre als Verwalter funktionirte und mit guten Zeugnissen versehen ist, suchen wir eine ähnliche Stelle zum sofortigen Eintritt oder auf 1. April.
Gebrüder Joff,
 Droguisten in Karlsruhe.

3.c.857. In einer der ersten Städte Badens ist ein gut eingerichtetes, gemischtes Waaren-Geschäft aus freier Hand zu verkaufen. Briefe an die Expedition dieses Blattes.

3.c.732. Adelsheim.
Mahlmühle-Verpachtung.
 Die in hiesiger Amtsstadt gelegene grundherrlich von Adelsheim'sche Mahlmühle wird auf 22. Februar 1867 pachtfrei und soll auf eine weitere Reihe von Jahren wieder verpachtet werden.
 Dieselbe hat 4 Mahlgänge und 1 Gerbgang mit allen übrigen erforderlichen Künsteinrichtungen neuester Konstruktion, sowie eine oberflächliche, sich selbst gleichbleibende Wasserkraft von ca. 50 Pferdekraften. Auch können nach Verlangen ca. 30 Morgen Acker, Wiesen und Gärten mit in Bestand gegeben werden.
 Zur Wiederverpachtung dieser Mühle und Güter ist Tagfahrt auf **Montag den 19. Februar d. J., früh 10 Uhr,** festgesetzt, wozu Pachtliebhaber, auswärtige mit obrigkeitlich beglaubigten Ausweisen über Leumund, Vermögen und Gewerbstätigkeit versehen, eingeladen werden.
 Adelsheim, den 10. Januar 1866.
 Grundherrlich von Adelsheim'sches Rentamt.
Siblerberger.

3.c.867. Karlsruhe.
Pferdeversteigerung.
 Montag den 29. d. Mts., Vormittags 11 Uhr, wird in der Reitbahn der Landgestütsanstalt eine achtjährige braune norddeutsche Stute öffentlich versteigert.
 Karlsruhe, den 22. Januar 1866.
 Großh. Landstallmeisteramt.
 v. Roder.

Bekanntmachung.

Meinen hochverehrten Gönnern und Geschäftsfreunden diene hiermit zur Nachricht, daß ich mein vor 18 Jahren gegründetes Geschäft von heute an wieder auf meine alleinige Rechnung fortbetreibe, und habe die Ehre wieder zu zeichnen,
Karlsruhe, den 21. Januar 1866,
C. Hasslinger,
 Hoftapezierer und Möbelfabrikant.

3.c.859. Karlsruhe.
Bekanntmachung.
 Der Unterzeichnete erlaubt sich, das verehrliche Publikum zu benachrichtigen, daß alle Fleischwaaren, wie:

Westphälische Schinken und **feine Würste** (aus Schweinefleisch fabricirt) durch Herrn **C. Stratthaus**, großh. Militär-Pferdearzt im 2. Dragoner-Regiment, untersucht und vollkommen gesund befunden wurden, laut beiliegendem ärztlichem Zeugnisse, wodurch die Garantie geboten ist, daß nur **trichinenfreie Waare** zum Verkauft gelangt.
 Jede weiter eintreffende Sendung werde ich gleichfalls ärztlich mikroskopisch untersuchen lassen.
C. Däschner.

3.c.854. Mannheim.
Für Auswanderer nach Nord- u. Südamerika
 und andern überseeischen Ländern.
 Der Unterzeichnete concessionierte Hauptagent befordert über

Antwerpen mit 3-Master-Segelschiffen	jeden Monat 2 mal,
Bremen „ Dampf- und Segelschiffen	„ „ 2 „
Havre „ 3-Master-Segelschiffen	„ „ 2 „
Hamburg „ Dampfschiffen	„ „ 2 „
Liverpool „ Dampfschiffen	jede Woche Mittwochs,
London „ Dampf- und Segelschiffen	Freitags,
Rotterdam „ 3-Master-Segelschiffen	jeden Monat 1 mal

Auswanderer und Reisende zu den billigsten Preisen, und dürfen sich dieselben, welche sich meiner Vermittlung bedienen, einer sorgfältigen Besichtigung versichert halten.
 Zu Vertragsabschlüssen empfehle ich
 Der Bezirksagent:
Kommissionär C. Schmidt in Karlsruhe.
 Die Generalagentur in Mannheim:
Mich. Wirsching.

3.c.789. Buchen. Ein gelbter, mit guten Zeugnissen versehener **Steuerperquisitionsgehilfe** findet gegen angemessene Belohnung ständige Beschäftigung bei Steuerperquisitor **Edelmann** in Buchen.
 Näheres auf portofreie Anträge.

Drehbank-Verkauf. 3.c.794. Ramechanische Drehbank sammt Werkzeug ist billig zu verkaufen bei Drehermeister **J. Balois** in Nassau.

3.c.779. Karlsruhe.
Holzversteigerung.
 Donnerstag den 25. Januar 1866, Morgens 10 Uhr, werden auf großh. Favorite nachstehende Holzsortimente einer öffentlichen Versteigerung ausgesetzt:

30 Stämme Eichen,
3 „ Linden,
6 „ Buchen,
33 „ Tannen und Eglstöbe,
65 „ Wagnereholz,
13 1/2 Klotter gemischtes Brennholz,
2288 Stück Weilen.

Karlsruhe, den 17. Januar 1866.
 Großh. Gartenbirektion.
 G. e. l. b.

3.c.845. Nr. 24. Offenburg.
Holzversteigerung.
 Aus den hiesigen Stadtwaldungen Schlag 24 werden öffentlich versteigert,
 Dienstag den 30. d. M.:

121 eichene, 59 afaziene, 25 hainbuchene, 4 eichene und 2 eichene Kugelschlämme;
9 birkenne und 2 firschaumene Albe;
143 afaziene, 66 birkenne, 22 eichene und 6 schtene Stangen.

Mittwoch den 31. d. M.:

22 1/2 Klotter afazienes, 7 1/2 Klotter eichenes, 35 1/2 Klotter birkenne und 3 1/2 Klotter eichenes Scheitholz;
24 1/2 Klotter afazienes, 1 1/2 Klotter eichenes, 1/2 Klotter birkenne und 8 1/2 Klotter hainbuchenes Prägelholz;
35 1/2 Klotter gemischtes Stochholz;
35300 Stück gemischte, 20875 hainbuchene und afaziene und 1475 eichene Weilen;
8 Loose Schlagraum.

Zusammenkunft jeweils Vormittags 9 Uhr im Schlag bei der Hütte.
 Waldhüter **Greiner** auf dem Spitalhofe ist beauftragt, das Holz zu jeder Zeit auf Verlangen vorzuzeigen.
 Offenburg, den 20. Januar 1866.
 Städtliche Bezirksforstei.
 Fürstenwerth.

3.c.864. Wolsch.
Floßholzverkauf.
 Die fürstl. fürstend. Forstei Wolsch verkauft im Soumstionswege das Floßholz der 1. Abth. Heubach mit 2077 Stämmen und 54,344 Kubikfuß von verschiednen Sortimenten.
 Die Angebote sind längstens bis Mittwoch den 31. Januar d. J., Vormittags 9 Uhr, gut versiegelt und mit der Aufschrift „Angebot auf Floßholz“ bei der Forstei Wolsch einzureichen, welche auf Anfrage nähere Auskunft ertheilt.
 Wolsch im Kinzigthal, den 18. Januar 1866.

3.d.472. Karlsruhe.
Zurücknahme einer Liegen-schaftsversteigerung.
 Die auf Montag den 12. Februar d. J. anberaumte Liegen-schaftsversteigerung des Herrn **Gußau Krug** dahier findet nicht statt.
 Karlsruhe, den 20. Januar 1866.
 Großh. Notar
Stoll.

3.d.422. Nr. 1119. Freiburg. (Schulden-liquidation.) Gegen Kaufmann **Anton Mayer** sen. von Freiburg haben wir Sant erkannt, und es wird nunmehr zum Nichtigstellungs- und Vorzugsverfahren Tagfahrt anberaumt auf **Donnerstag den 8. Februar 1866, Vormittags 9 Uhr.** Es werden alle Diejenigen, welche aus was immer für einem Grunde Ansprüche an die Santmasse machen wollen, aufgefordert, solche in der angezeigten Tagfahrt, bei Vermeidung des Ausschlusses von der Partei, persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigten, schriftlich oder mündlich, anzumelden und zugleich ihre etwaigen Vorzugs- oder Unterpfandrechte zu bezeichnen, sowie ihre Beweisurkunden vorzulegen, oder den Beweis durch andere Beweismittel anzutreten. In der selben Tagfahrt wird ein Pfandpfleger und ein Gläubigerausschuß ernannt, und ein Borg- oder Nachschußvergleich versucht werden, und es werden in Bezug auf Borgvergleiche und Ernennung des Pfandpflegers und Gläubigerausschusses die Nichterscheinenden als der Mehrheit der Erschienenen beitreten angesehen werden. Die im Auslande wohnenden Gläubiger haben längstens bis zu jener Tagfahrt einen dahier wohnenden Gewaltthaber für den Empfang aller Einhandlungen zu bestellen, welche nach den Gesetzen der Partei selbst geschehen sollen, widrigenfalls alle weiteren Verfügungen und Erkenntnisse mit der gleichen Wirkung, wie wenn sie der Partei eröffnet wären, nur an dem Sitzungsorte des Gerichts angeschlagen, beziehungsweise denjenigen im Auslande wohnenden Gläubigern, deren Aufenthaltsort bekannt ist, durch die Post zugestellt würden. Freiburg, den 10. Januar 1866. Großh. bad. Amtsgericht. Die.

3.d.438. Nr. 415. Schwetzingen. (Schuldenliquidation.) Gegen Handelsmann **Georg Adam Gippert** in Schwetzingen haben wir Sant erkannt und wird Tagfahrt zum Nichtigstellungs- und Vorzugsverfahren auf **Freitag den 16. Februar d. J., Vormittags 9 Uhr,** anberaumt. Wer nun aus was immer für einem Grunde einen Anspruch an diese Santmasse machen will, hat solchen in dieser Tagfahrt, bei Vermeidung des Ausschlusses von der Partei, persönlich oder durch einen gehörig Bevollmächtigten, schriftlich oder mündlich dahier anzumelden und zugleich die etwaigen Vorzugs- oder Unterpfandrechte zu bezeichnen, die er geltend machen will, mit gleichzeitiger Vorlegung der Beweisurkunden oder Antretung des Beweises mit andern Beweismitteln. Auch wird in dieser Tagfahrt ein Pfandpfleger und ein Gläubigerausschuß ernannt und ein Borg- und Nachschußvergleich versucht werden. Hierbei wird bemerkt, daß in Bezug auf den Borgvergleich und Ernennung des Pfandpflegers und des Gläubigerausschusses die Nichterscheinenden als der Mehrheit der Erschienenen beitreten angesehen werden sollen. Zugleich wird den im Auslande wohnhaften Gläubigern aufgegeben, einen dahier wohnenden Gewaltthaber spätestens bis zur Tagfahrt zu bestellen und anberaumt zu machen, indem sonst alle weiteren Verfügungen oder Erkenntnisse mit der gleichen Wirkung,

wie wenn sie denselben eröffnet oder eingehändig wären, nur an der Gerichtsstelle angeschlagen, beziehungsweise denjenigen im Auslande wohnenden Gläubigern, deren Aufenthaltsort bekannt ist, durch die Post zugestellt würden.
 Schwetzingen, den 9. Januar 1866.
 Großh. bad. Amtsgericht.
 Die.

3.d.458. Nr. 714. Staufen. (Wedingter Zahlungsbevollmächtigung.) In Sachen des **Herrn Hermann Anton Kähy** von Adelshausen gegen **Herrn Hermann Ludwig Meier** von Heiterheim, d. J. in Amerika, wegen Forderung von 50 fl., nebst 5 Proz. Zins aus 200 fl. vom 19. März 1865, herrührend aus Kauf vom Jahr 1865, ergeht auf Ansuchen des klagenden Theils

Wedingter Zahlungsbevollmächtigung: Dem klagenden Theil wird aufgegeben, binnen 14 Tagen entweder den klagenden Theil durch Zahlung der im Betreff bezeichneten Forderung zu befriedigen, oder zu erklären, daß er die gerichtliche Verhandlung der Sache verlange, widrigenfalls die Forderung auf Ansuchen des klagenden Theils für zugestanden erklärt würde. Der Beklagte hat binnen gleicher Frist einen dahier wohnenden Einhandlungsgehalthaber zu ernennen, widrigenfalls alle weiteren Verfügungen und Erkenntnisse mit der Wirkung der Behändigung am Sitzungsorte des Gerichts angeschlagen würden.
 Staufen, den 19. Januar 1866.
 Großh. bad. Amtsgericht.
 Leiblein.

3.d.410. Nr. 678. Konstanz. (Bekanntmachung.) In Sachen der **Herrn Bruderhoser's** Ehefrau, **Marianna**, geborne **Maier**, in Allmannsdorf gegen ihren Ehemann, **Vermögensabsonderung betr.**, ist unterm 12. v. Mts., Nr. 12,643, in Folge der Sant des Beklagten, die Vermögensabsonderung erkannt worden; was hiermit bekannt gemacht wird.
 Konstanz, den 12. Januar 1866.
 Großh. bad. Amtsgericht.
 Kärcher.

3.d.389. Nr. 440. Biberach. (Aufforderung.) Der ledige **Herrn Adam Hahn** von Biberach ist im Jahr 1854 nach Amerika ausgewandert und hat seitdem keine Nachricht von sich in seine Heimath gelangen lassen. Auf Antrag seiner Verwandten wird derselbe aufgefordert, sich binnen Jahresfrist dahier zu stellen oder seinen Aufenthaltsort anzuzeigen, ansonst er für verstorben erklärt und sein Vermögen den erbberechtigten Verwandten gegen Sicherheitsleistung in fürstlichen Besitz gegeben würde.
 Biberach, den 13. Januar 1866.
 Großh. bad. Amtsgericht.
 Häner.

3.c.886. Nr. 955. Staufen. (Schuldenliquidation.) **Adolf Gutmann** von Unterminsterthal beabsichtigt, eine Reise nach Nordamerika zu unternehmen.
 Wir haben daher Tagfahrt zur Schuldenliquidation auf **Mittwoch den 31. d. Mts., Vorm. 9 Uhr,**

in der hiesigen Amtsanzlei anberaumt, und werden die etwaigen Gläubiger des Genannten aufgefordert, ihre Ansprüche an diesen spätestens in der Tagfahrt anzumelden, widrigenfalls der Restpaß verabsagt werden würde.
 Staufen, den 19. Januar 1866.
 Großh. bad. Bezirksamt.
 Gypmann.

3.d.457. Nr. 712. Staufen. (Diebstahl und Fahndung.) Der **Klara Krieger** von Unterminsterthal wurden in der Nacht vom 13. auf den 14. d. M. folgende Gegenstände entwendet: Ein leinwandenes Mannsheub, mit den Buchstaben **K. R.** gezeichnet, ein baumwollenes Mannsheub ohne Zeichen, und 10 bis 11 Stränge Jaden und Strumpfgarn. Wir bitten um Fahndung auf das Entwendete und den zur Zeit unbekanntem Thäter.
 Staufen, den 18. Januar 1866.
 Großh. bad. Amtsgericht.
 Leiblein.

3.d.461. Nr. 466. Walsdorf. (Aufforderung und Fahndung.) **Theodor Schleich** von Oberwinden, dessen Signalment unten folgt, ist eines in verbrecherischer Verbindung mit **Karl Schulz** unter dem Erschwerungsgrund des § 385 des C.C.B. verübten Diebstahls zum Nachtheil des **Sylvester Zimmerman** von Buchholz angeschuldigt, und da sein Aufenthalt unbekannt ist, so wird er durch aufgefordert, sich innerhalb 14 Tagen dahier zu stellen, ansonst sein Erkenntnis nach dem Erkenntnis der Unternehmung wird gefüllt werden. Zugleich wird gebeten, auf **Theodor Schleich** zu fahnden und ihn im Betretungsfall anher einzuliefern.
 Signalment: Alter, 22 Jahre; Größe, 5' 5"; Haare, schwarzbraun; Statur, best; Gesichtsfarbe, rund; Gesichtsfarbe, gelblich; trägt eine schwarze Pelzjacke.
 Walsdorf, den 20. Januar 1866.
 Großh. bad. Amtsgericht.
 Gelmle.

3.d.460. Nr. 2291. Freiburg. (Aufforderung.) **Robert Krieg** von Norfingen hat an eine bedeutende Anzahl Bürgermeisterräther Lithographien, Et. königliche Hobeit den Erbgroßherzog vorstellend gegen einen Preis von je 1 fl. 36 kr. mit der namentlichen Unterschrift Kaufhandlung verkauft, und auch, wie es scheint, viele auf diese Weise angebracht. Abgesehen davon, daß die Lithographien schlecht sind und **Robert Krieg** wieder zum Kaufhandel eine Konzeption, nach zum Sammeln von Subskriptionen Erlaubnis hatte, scheint es auch, daß er durch fallende Vorspiegelungen dem Abfag der Lithographien Eingang zu verschaffen suchte. Die Bürgermeisterräther, welche in einem solchen Fall sind, werden aufgefordert, und die hierauf bezüglichen Mittheilungen zu machen.
 Freiburg, den 16. Januar 1866.
 Großh. bad. Bezirksamt.
 v. Rudi.

3.d.440. Nr. 2400. Freiburg. (Aktuare'sche.) Bei hiesigem Bezirksamt ist die Stelle eines **Aktuars** mit einem fixen Gehalte von 450 fl. nebst Accidensien alsbald zu besetzen.
 Gehaltsgeordnete Bewerber wollen sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse baldigst melden.
 Freiburg, den 19. Januar 1866.
 Großh. bad. Bezirksamt.
 W. Stisser.